

# Konjunkturlage in Deutschland

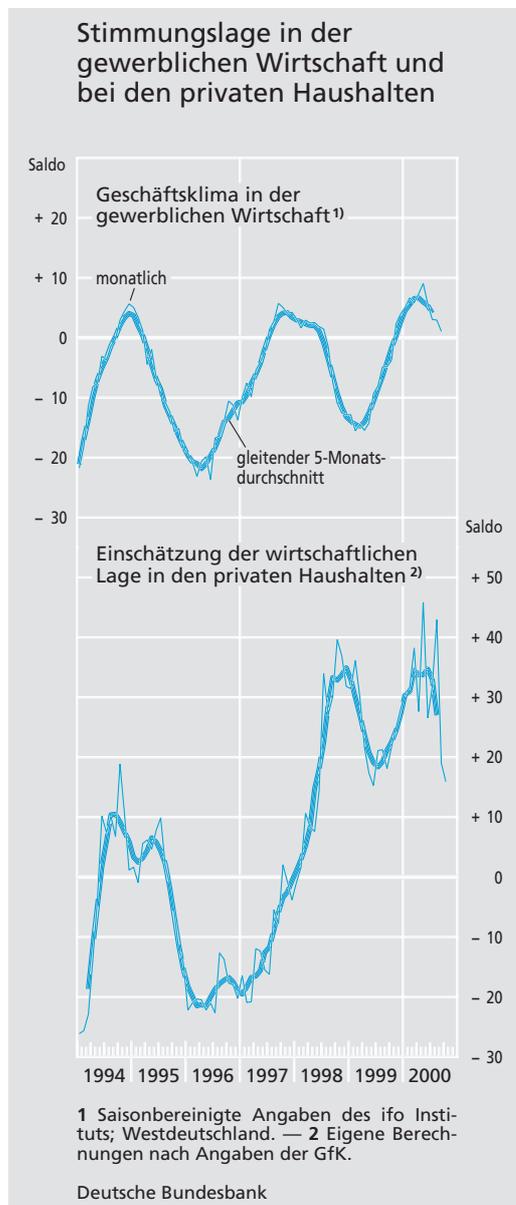
## Grundtendenzen

---

Die deutsche Wirtschaft ist trotz erkennbarer Belastungsfaktoren in den Sommermonaten weiter gewachsen. Nach ersten eigenen Schätzungen könnte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) saison- und kalenderbereinigt im dritten Quartal den Stand vom Frühjahr um gut ½% übertroffen haben. In der Vorjahrsbetrachtung bedeutet das nach Ausschaltung von arbeitstäglichen Einflüssen einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung um fast 3 ½%, was nicht viel weniger war als im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt. In kalendermonatlicher Rechnung belief sich die Zunahme auf 2 ¾%. Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürfte erneut deutlich zugenommen haben, was – ebenso wie der weitere Anstieg der Beschäftigung – für einen anhaltend günstigen Wachstumsprozess spricht.

*Weitere  
Zunahme der  
gesamtwirtschaftlichen  
Produktion*

Die konjunkturelle Grunddynamik und die vorliegenden Frühindikatoren bieten gegenwärtig keinen Anlass für pessimistische Perspektiven. Dies gilt auch dann, wenn – wie zu erwarten ist – die statistischen Vorjahrsraten des realen BIP für das zweite Halbjahr in kalendermonatlicher Rechnung nicht mehr so hoch ausfallen wie zuvor. Hierbei ist zum einen zu bedenken, dass nach Überwindung der Wachstumsdelle die zyklische Erholung im zweiten Halbjahr 1999 recht kräftig gewesen war; zum anderen stehen im weiteren Verlauf dieses Jahres deutlich weniger Arbeitstage zur Verfügung. Nicht zu übersehen ist allerdings, dass vor allem wegen der hohen Ölpreise „Sand in das Konjunkturgetriebe“ gekommen ist. Wie das vom ifo Insti-



tut ermittelte Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft ausweist, waren insbesondere die Erwartungen für die nächste Zeit zuletzt nicht mehr so hoch gesteckt wie noch im Frühjahr. Die hieraus resultierenden Belastungen dürften sich aber – worauf auch die Wirtschaftsforschungsinstitute und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in ihren jüngsten Gutachten hingewiesen haben – in

Grenzen halten; die Konstitution der deutschen Wirtschaft erscheint durchaus hinreichend robust.

Dem steht auch nicht entgegen, dass – soweit erkennbar – der Wechsel in den konjunkturellen Antriebskräften zu Gunsten der Inlandsnachfrage nicht so rasch vorangekommen ist wie zuvor allgemein angenommen worden war. So hat die unerwartet starke ölpreisbedingte Verschlechterung der Terms of Trade vor allem der Inlandsnachfrage einen deutlichen Dämpfer versetzt. Das inländische Realeinkommen ist durch die Verteuerung der Importe erheblich geschmälert worden. Andererseits sind von dem anhaltenden Wachstum der Auslandsmärkte und der hohen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zusätzliche Impulse für den Export ausgegangen. Zudem dürfte der deutsche Außenhandel auch davon profitieren, dass die Ölförderländer ihre Mehreinnahmen zumindest teilweise für zusätzliche Käufe im Ausland nutzen. Die Auslandsnachfrage ist bis zuletzt die wichtigste Konjunkturstütze geblieben.

In sektoraler Sicht hat wiederum die Industrie entscheidend zu dem anhaltenden Wachstum in der Berichtsperiode beigetragen. Einer lebhaften Nachfrage folgend, ist die Produktion nochmals kräftig ausgeweitet worden. Insbesondere mit ausländischen Kunden konnten erneut viele Geschäftsabschlüsse getätigt werden. Ausschlaggebend hierfür war, dass der globale Wachstumsprozess nunmehr von allen wichtigen Wirtschaftsregionen getragen wird und die relativen Stärken des deutschen Exportsortiments sowie die hohe

*Wachstumsbeiträge der Sektoren*

preisliche Wettbewerbsfähigkeit voll zum Tragen kommen konnten. Die heimischen Unternehmen dürften weiterhin Marktanteile auf ihren Hauptabsatzmärkten gewonnen haben. Kräftige Wachstumsimpulse verzeichneten ebenfalls die unternehmensnahen Dienstleister. Nach den Umfragen des ZEW konnten sie ihre Umsätze erneut deutlich steigern, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie zuvor. An der Spitze lagen weiterhin die EDV-Dienstleistungen sowie das Transportgewerbe, das vom fortdauernden konjunkturellen Aufschwung profitierte. Weit unterdurchschnittlich blieben dagegen die Geschäftsergebnisse bei den Architekten und in den Büros für technische Beratung und Planung. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, dass sich die Bauwirtschaft auch im Sommer nicht von der Talsohle lösen konnte. Noch nicht abgeschlossene strukturelle Anpassungserfordernisse in den neuen Bundesländern sowie eine schwache Nachfrage nach neuen Wohnungen in Westdeutschland, die teilweise mit Einschränkungen bei der öffentlichen Förderung zusammenhängen dürfte, standen einer Besserung der Lage entgegen.

*Stimmungslage  
der privaten  
Haushalte  
eingetrübt*

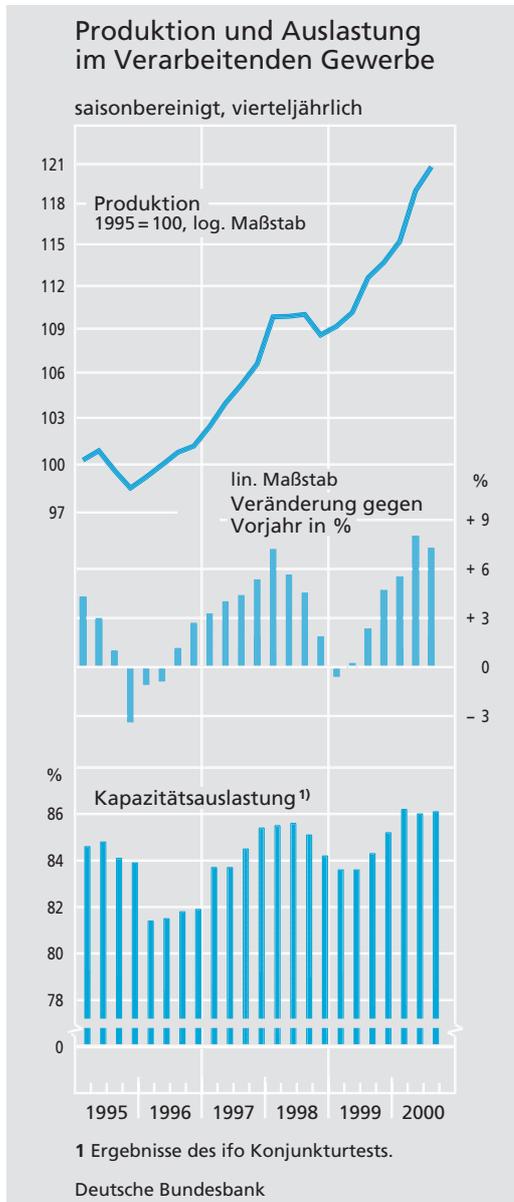
Umfragen zufolge hat sich die Stimmung in den privaten Haushalten in der letzten Zeit eingetrübt. Insbesondere die Bereitschaft zum Kauf längerlebiger Konsumgüter ist nach Angaben der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) geringer geworden. Dies mag dazu beigetragen haben, dass die Umsätze des Einzelhandels in den Sommermonaten hinter dem Frühjahr zurückblieben. Auch die Zulassungen von neuen Personenwagen fielen trotz Anzeichen einer Stabilisierung in den letzten Monaten niedrig aus; den ver-

gleichbaren Vorjahrsstand unterschritten sie im Mittel des dritten Vierteljahres um rund ein Fünftel. Dabei dürfte der drastische Anstieg der Mineralölpreise, der überwiegend auf die internationale Ölpreishaussage zurückzuführen ist, zu einem geringeren Teil aber auch auf steuerlichen Mehrbelastungen beruht, eine Rolle gespielt haben. Zudem war mit der bevorstehenden Heizperiode die Verteuerung der Energie deutlicher spürbar als zuvor. Der aus der anhaltenden Verschlechterung der Terms of Trade resultierende Verlust an Realeinkommen schmälerte den Spielraum für Konsumkäufe im Inland und, wie der merkliche Rückgang der Reiseausgaben zeigt, auch im Ausland. Die stetige Besserung der Arbeitsmarktlage, die in einer kräftigen Zunahme der Beschäftigung und einem Abbau der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt, konnte diesen starken Entzugseffekt nur teilweise ausgleichen.

## Produktion und Arbeitsmarkt

Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes ist saisonbereinigt im dritten Vierteljahr um 1 ¾ % gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet worden, das bereits einen Anstieg von mehr als 3 % gebracht hatte. In den letzten sechs Monaten insgesamt erhöhte sich die Erzeugung mit einer Jahresrate von rund 10 ½ %. Damit hat das Wachstum, das sich über zwölf Monate gerechnet auf 7 ¾ % belief, an Schwung gewonnen. Ähnlich kräftige Produktionssteigerungen sind seit Beginn der neunziger Jahre noch nicht wieder zu verzeichnen gewesen.

*Industrie-  
konjunktur auf  
vollen Touren*



Besonders gut abgeschnitten haben die Hersteller von Gebrauchsgütern. Hier erhöhte sich der Ausstoß im zurückliegenden halben Jahr saisonbereinigt und auf zwölf Monate hochgerechnet um fast ein Fünftel. Neben den Herstellern von Kraftfahrzeugen, die das schleppende Inlandsgeschäft durch vermehrte Lieferungen ins Ausland wettmachten, konnten auch die Produzenten von Unterhaltungselektronik spürbar zulegen; dies hing sicher-

lich mit den sportlichen Sonderereignissen dieses Sommers zusammen. Während der Investitionsgütersektor eine ebenfalls merkliche Ausweitung der Erzeugung meldete, war die Entwicklung im Bereich der Vorleistungen und Verbrauchsgüter deutlich unterdurchschnittlich.

Der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten hielt sich nach den Angaben des ifo Instituts auf einem hohen Niveau. Ende September übertraf er den vergleichbaren Vorjahrsstand um  $1\frac{3}{4}$  Prozentpunkte. In Westdeutschland allein, für das weiter zurückreichende Angaben zur Verfügung stehen, wurde die stärkste Beanspruchung seit dem Vereinigungsboom 1989/1990 erreicht. Gleichzeitig hat sich die Reichweite der Auftragsbestände im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt etwas erhöht. Dies deutet darauf hin, dass in einigen Branchen bereits nahe der Kapazitätsgrenze produziert wird.

*Hohe  
Auslastung der  
Kapazitäten*

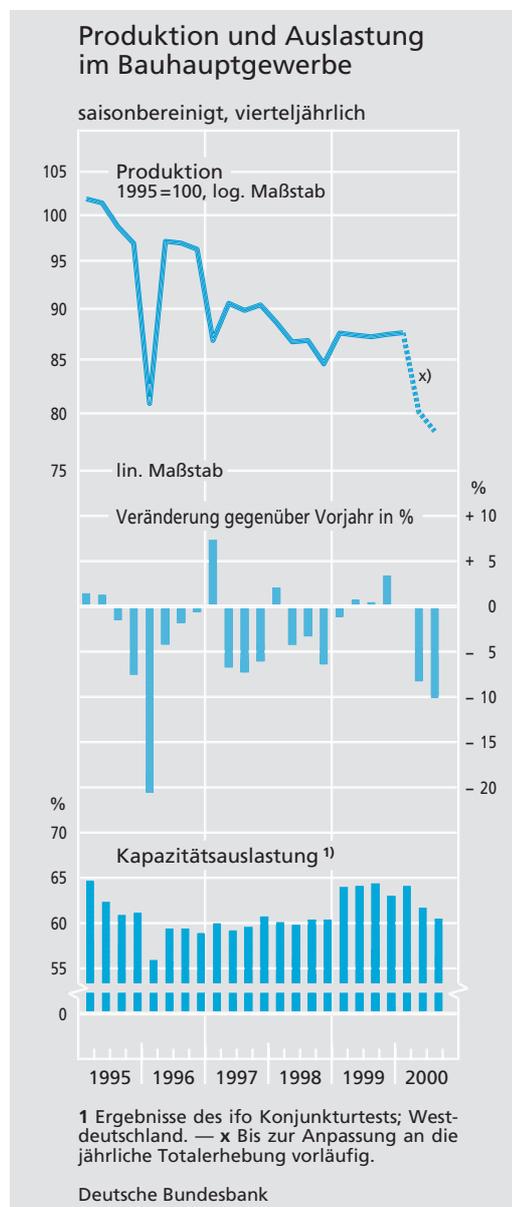
Im Gegensatz dazu ist das Baugewerbe weit von einem guten Auslastungsgrad entfernt. Die Erzeugung des Bauhauptgewerbes ist in den Sommermonaten – saisonbereinigt betrachtet – nochmals niedriger als im Frühjahr gewesen, das schon deutlich unter das Niveau zur Jahreswende 1999/2000 gefallen war. Der vergleichbare Vorjahrsstand wurde den gegenwärtig vorhandenen Zahlenangaben nach im dritten Quartal um knapp ein Zehntel unterschritten. Zwar kommt es erfahrungsgemäß auf Grund der Totalerhebung noch zu einer Korrektur nach oben, diese dürfte aber bei weitem nicht stark genug sein, um das Bild vom negativen Produktionstrend nennenswert zu verändern. Besonders un-

*Weitere  
Produktions-  
rückgänge im  
Bausektor*

günstig war die Lage im Wohnungsbau. Hier blieben die Umsätze in den Sommermonaten um nahezu ein Fünftel hinter den Vergleichswerten des Vorjahres zurück, während sich die Einbußen sowohl im gewerblichen als auch im öffentlichen Bau im einstelligen Bereich hielten. In den neuen Bundesländern sind die Abrechnungen der im Wohnungsbau tätigen Firmen zuletzt sogar um fast ein Drittel niedriger als 1999 gewesen.

*Anhaltende  
Zunahme der  
Beschäftigung*

Die Beschäftigung in der Bauwirtschaft ist angesichts der ungünstigen Lage weiter reduziert worden. Nach gegenwärtigem Informationsstand unterschritt die Zahl der Arbeitskräfte im Bauhauptgewerbe im September das Vorjahr nochmals um beinahe ein Zehntel, obwohl der Personaleinsatz bereits seit Mitte der neunziger Jahre kontinuierlich verringert worden ist. Der Stellenabbau im Baugewerbe wird aber schon seit längerem durch eine Ausweitung der Beschäftigung in anderen Wirtschaftsbereichen weit überkompensiert. Den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nach ist die Zahl der Erwerbstätigen seit 1997 kräftig gestiegen. Im August dieses Jahres erreichte sie saisonbereinigt rund 38,6 Millionen. Das waren 550 000 Personen oder knapp 1 ½ % mehr als ein Jahr zuvor. Die stärksten Zuwächse dürften wiederum im Bereich der Unternehmensdienstleister zu verzeichnen gewesen sein. Auch bei den sonstigen privaten Dienstleistungen sowie im Handel, Gastgewerbe und Verkehr ist die Beschäftigung wohl erneut ausgeweitet worden. Selbst die Industrie, die noch bis Ende 1999 ihre Belegschaft abgebaut hatte, benötigte angesichts der hohen Produktionssteigerungen zusätzliche Arbeitskräfte.



Nicht wenige der nun erwerbstätigen Personen waren zuvor bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldet gewesen. Die Zahl der Arbeitslosen ist daher bis in die letzten Monate hinein gesunken. Nach Ausschaltung jahreszeitlich üblicher Schwankungen verringerte sie sich bis Ende Oktober auf 3,82 Millionen. Der Stand zur Jahresmitte wurde um rund 80 000, der des Vorjahres um 270 000 unterschritten. Die Arbeitslosenquote betrug 9,4 %.

*Weiterer Abbau  
der Arbeits-  
losigkeit*

## Revision der Zahl der Erwerbstätigen

Die Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Erwerbstätigkeit in Deutschland sind in den letzten eineinhalb Jahren in zwei Schritten kräftig nach oben korrigiert worden. Wurde noch im März 1999 die Zahl der im Jahresdurchschnitt 1998 im Inland erwerbstätigen Personen auf insgesamt knapp 34 Millionen veranschlagt, so liegen den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nunmehr 37 ½ Millionen zu Grunde. Im Jahr 1999 stieg die Erwerbstätigkeit auf knapp 38 Millionen.

Zeit	Erwerbstätige (Tsd)		Veränderung	
	alt	neu	Tsd	%
1991	36 510	38 454	1 944	5,3
1998	33 970	37 540	3 570	10,5

Die Revisionen erwiesen sich als notwendig, weil der Kreis der geringfügig Beschäftigten, der aus den Ergebnissen des jährlichen Mikrozensus abgeleitet wurde, lange Zeit unterschätzt worden war. Insbesondere die mit der gesetzlichen Neuregelung der Beschäftigung auf 630-DM-Basis eingeführte Meldepflicht hat die statistische Erfassung verbessert. Nach dem ersten Anpassungsschritt im April 1999 gingen 1998 laut Statistischem Bundesamt „etwa 2 ½ Millionen Personen einer geringfügigen Beschäftigung in Haupttätigkeit“ nach; unter Einschluss der Korrektur vom August dieses Jahres dürften es nunmehr etwa 4 Millionen sein. Gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen sind dies gut 10 % gegenüber schätzungsweise 6 % zu Anfang der neunziger Jahre. Die Neuberechnungen wurden bis 1991 zurückgeführt, dem derzeitigen Anfangsjahr der Volks-

wirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf der Grundlage des ESVG '95; sie reflektieren eine durchweg höhere Erwerbsneigung in der Bevölkerung und daraus folgend ein größeres Erwerbspersonenpotenzial als vordem angenommen.

Die verstärkte Berücksichtigung geringfügig Beschäftigter erforderte auch eine Anpassung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen nach unten, arbeiten diese doch deutlich weniger Stunden im Jahr als in Vollzeit beschäftigte Personen.

Zeit	Arbeitsstunden je Erwerbstätigen			Arbeitsvolumen (Mrd Std)		
	alt	neu	%	alt	neu	%
1991	1 573	1 545	- 1,8	57,42	59,41	3,5
1997	1 570	1 506	- 4,1	53,34	56,03	5,0

Nach den neuen Berechnungen war 1997 die jährlich im Mittel aller Erwerbstätigen geleistete Zahl der Arbeitsstunden um rund 4 % niedriger als nach den alten Angaben. Infolgedessen nahm im gleichen Jahr das Arbeitsvolumen, also die Gesamtzahl der von allen Erwerbstätigen erbrachten Arbeitsstunden, mit 5 % nur etwa halb so stark zu wie gleichzeitig die Zahl der erwerbstätigen Personen. Der Beitrag des Faktors Arbeit im Produktionsprozess hat sich also erhöht, aber weit weniger, als es die Betrachtung der „Kopfzahl“ allein vermuten lässt. Dem vermehrten Arbeitseinsatz steht allerdings nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes kein entsprechend höherer Output gegenüber; deshalb liegt die Stundenproduktivität und insbeson-

dere die Produktivität je Erwerbstätigen merklich niedriger als vor der Revision.

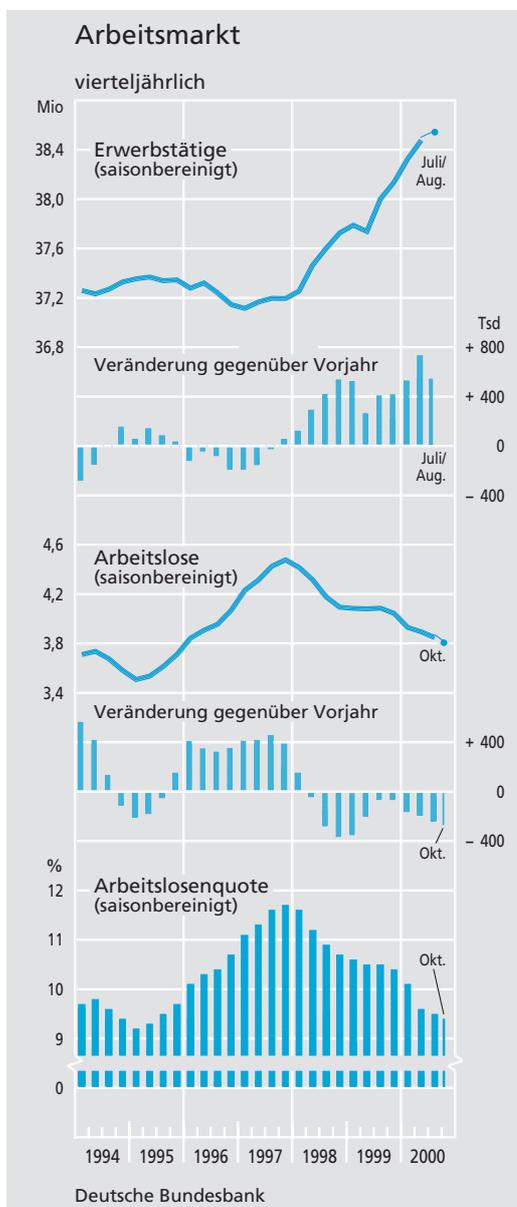
Im Rahmen der Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das ESVG '95 hat das Statistische Bundesamt erstmals auch Angaben zu den erwerbslosen Personen nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) veröffentlicht. Danach gilt als erwerbslos, wer älter als 15 Jahre ist und keine Beschäftigung – auch keine geringfügige – ausübt, sich während der letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeit bemüht hat und diese innerhalb der nächsten zwei Wochen aufnehmen kann. Diesen Kriterien genügten 1999 knapp 3 ½ Millionen Personen. Das sind rund 670 000 weniger als in der gleichen Zeit bei der Bundesanstalt für Arbeit arbeitslos registriert waren.

Zeit	Statistisches Bundesamt			Bundesanstalt für Arbeit		
	Erwerbs- personen	Erwerbs- lose	Quote	Erwerbs- personen	Arbeits- lose	Quote
	Tsd		%	Tsd		%
1992	40 449	2 564	6,3	38 835	2 979	7,7
1999	41 307	3 428	8,3	38 964	4 099	10,5

Die Arbeitsverwaltung erfasst demgegenüber all jene Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die beschäftigungslos sind oder nur eine kurzzeitige Beschäftigung – gegenwärtig unter 15 Wochenstunden – ausüben und ein versicherungspflichtiges, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassendes Beschäftigungsverhältnis von mehr als sieben Tagen Dauer suchen; notwendig ist eine persönliche Meldung beim zuständigen Arbeitsamt. Die Zahl der diese weiter

gefassten Voraussetzungen erfüllenden Personen belief sich 1999 auf gut vier Millionen.

Bei der Berechnung des Anteils der erwerbsbeziehungsweise arbeitslosen Personen am gesamten (statistisch erfassten) Arbeitskräfteangebot ist zudem zu beachten, dass die Zahl der Erwerbspersonen vom Statistischen Bundesamt mit 41,3 Millionen im Jahr 1999 um 2 ¼ Millionen höher veranschlagt wird als von der Bundesanstalt für Arbeit. Nach der Definition der Arbeitsverwaltung liegen ihrer Rechnung alle zivilen Erwerbstätigen sowie die Arbeitslosen zu Grunde; das Statistische Bundesamt verwendet in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dagegen die Zahl aller Erwerbstätigen plus der Erwerbslosen. Abgesehen von den leichten methodischen Differenzen beruhen die Abweichungen in den statistischen Angaben insbesondere darauf, dass die Bundesanstalt keine rückwirkenden Anpassungen ihrer Berechnungen vornimmt. Die von der Arbeitsverwaltung für Juni 1999 ermittelte Zahl der geringfügig Beschäftigten ist ab April 2000 in die Quotenberechnung der Bundesanstalt eingearbeitet worden. Im Jahresdurchschnitt 1999 betrug die Erwerbslosenquote 8,3 %, die Arbeitslosenquote lag bei 10,5 %. In der deutschen Öffentlichkeit werden allgemein die Angaben der Bundesanstalt verwendet, die im Gegensatz zu den vierteljährlichen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes monatlich vorliegen. Die Deutsche Bundesbank veröffentlicht in ihren Statistischen Beiheften zum Monatsbericht 4 „Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen“ Zahlenangaben nach beiden Konzepten.



Allerdings beschränkt sich der Abbau der Arbeitslosigkeit nahezu ausschließlich auf die alten Bundesländer. In Ostdeutschland stagniert die Zahl der betroffenen Personen seit dem Frühjahr weitgehend bei saisonbereinigt etwa 1,35 Millionen. Der Rückgang gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrsstand belief sich zuletzt auf knapp 25 000. Die Arbeitslosenquote lag Ende Oktober saisonbereinigt bei rund 17 ½ %.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands hing auch damit zusammen, dass der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente eher restriktiv war. Insbesondere an beschäftigungsschaffenden Maßnahmen, zu denen hier auch die Strukturanpassungsmaßnahmen gerechnet werden, nahmen zuletzt rund 55 000 Personen weniger teil als ein Jahr zuvor. Auch die Freie Förderung ist eingeschränkt worden. Die in beiden Bereichen zu verzeichnenden Rückgänge konnten durch eine Ausweitung beispielsweise der beruflichen Weiterbildung oder der Eingliederungszuschüsse nicht ausgeglichen werden. Bereinigt um die Bewegungen auf dem zweiten, subventionierten Arbeitsmarkt, dürfte sich die Situation aber insofern verbessert haben, als die „echten“, wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze wohl zugenommen haben.

*Einschränkungen bei der Arbeitsmarktpolitik*

Wenn der Beschäftigungsaufbau – gemessen im Vorjahrsvergleich – bis zuletzt rund doppelt so hoch ausfiel wie der gleichzeitige Abbau der Arbeitslosigkeit, so bedeutet das zum einen, dass viele Personen aus der „Stillen Reserve“ heraus in den (statistisch erfassten) Arbeitsmarkt eingetreten sind. Zur Stillen Reserve gehören all jene, die zwar grundsätzlich arbeitswillig sind, ihre Arbeitsbereitschaft aber nicht dem Arbeitsamt gegenüber erklärt haben. Zum anderen gilt, dass sich ein Beschäftigter, der nicht mehr als 15 Stunden wöchentlich arbeitet, weiterhin als arbeitslos registrieren lassen kann. Innerhalb dieser Zeitgrenze dürften insbesondere viele nur geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer bleiben, die einer Erwerbstätigkeit auf 630-DM-Basis nachgehen. Unabhängig von diesen Doppelzählungen sind die starken Zuwächse von Be-

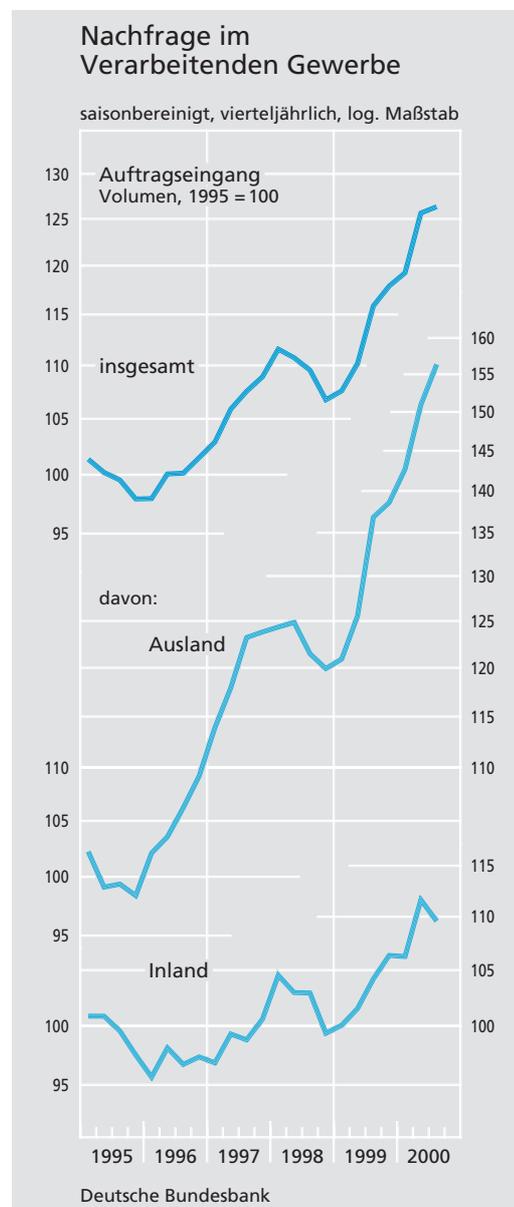
schäftungsverhältnissen dieser Art aus der Stillen Reserve beachtlich. Dies spricht für eine hohe Flexibilität des Arbeitsangebots. Allerdings trägt eine positive Wertung nur insoweit, wie es nicht zu einer Verdrängung „normaler“ Arbeitsverhältnisse kommt, die in vollem Umfang den abgaberechtlichen Vorschriften unterliegen.

### Auftragslage

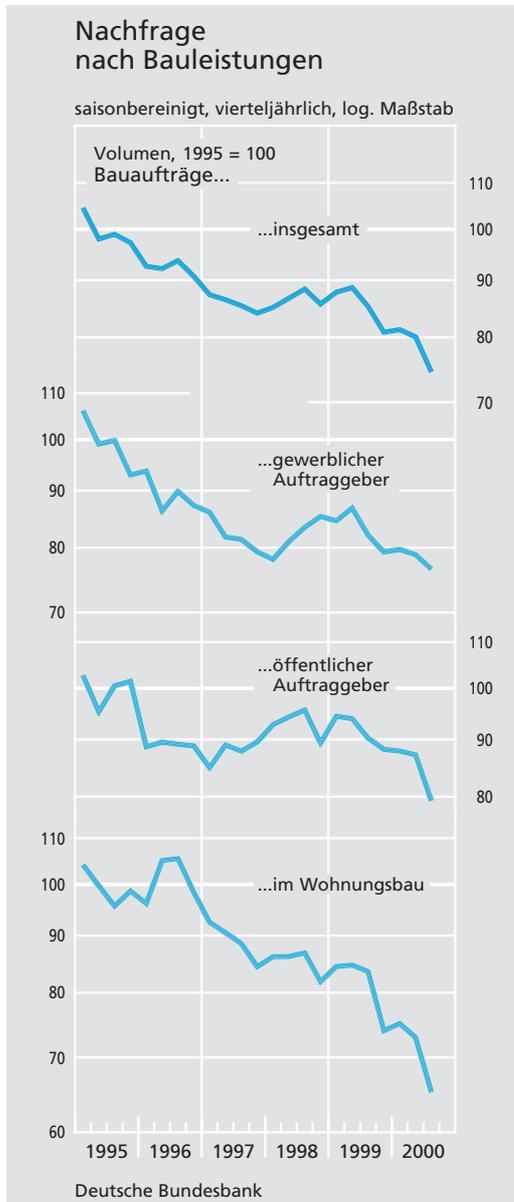
#### *Umfangreiche Aufträge an die Industrie*

Die der Industrie erteilten Aufträge sind in den Sommermonaten weiter gestiegen. Saisonbereinigt übertrafen sie im dritten Vierteljahr den Stand des Vorquartals, das – teilweise bedingt durch Sondereinflüsse – einen kräftigen Zuwachs gebracht hatte, um reichlich ½ %. Über das vergleichbare Vorjahrsergebnis gingen sie um fast ein Zehntel hinaus. Tragende Stütze war – wie schon seit längerem – das Auslandsgeschäft. Jahreszeitlich übliche Schwankungen ausgeschaltet, überschritten die Abschlüsse hier im Mittel der Monate Juli bis September den durchschnittlichen Stand im Zeitraum April/Juni um 3 ¾ %; gegenüber dem Vorjahr erhöhten sie sich um 14 ½ %. Am besten schnitten die Hersteller von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern ab, gefolgt von den Produzenten von Vorleistungsgütern. Der Bereich der Investitionsgüter blieb im Vergleich dazu etwas zurück, verzeichnete – für sich genommen – jedoch ein durchaus noch kräftiges Wachstum der Bestellungen.

Von der inländischen Nachfrage gingen dagegen im Sommer keine expansiven Impulse aus. Der hohe Stand der Frühjahrsmonate,



die nicht zuletzt wegen mehrerer Großaufträge einen kräftigen positiven Schub gebracht hatten, konnte nicht gehalten werden. Das vergleichbare Vorjahrsergebnis wurde um 5 ½ % übertroffen. Während sich die Bestellungen von Vorleistungen noch weitgehend behaupteten, haben sie insbesondere im Investitionsgütersektor das vorangegangene Niveau nicht mehr erreicht.



Erneuter  
Rückgang der  
Baunachfrage

Die Nachfrage nach Bauleistungen ist in den letzten Monaten weiter zurückgegangen. Saisonbereinigt unterschritten die Auftrags-eingänge im Bauhauptgewerbe im Mittel des dritten Vierteljahres den Durchschnitt des Zeitraums April/Juni um rund 7%. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Abnahme um 12 ½%. Seit 1994, als ein zyklischer Höchststand zu verzeichnen gewesen war, hat sich das Geschäftsvolumen unter Schwan-

kungen insgesamt um rund ein Fünftel vermindert.

Betroffen von dem Rückgang waren alle großen Bausparten, angefangen vom gewerblichen über den öffentlichen bis hin zum Wohnungsbau. Mit Auftragseinbußen von rund 7% gegenüber dem Vorjahr fiel die Entwicklung im gewerblichen Bau allerdings bei weitem nicht so ungünstig aus wie bei den Wohnungen. Hier hat sich die Zurückhaltung der Bauherren zuletzt noch einmal verstärkt. Folgt man den Genehmigungen, so unterschritt die Zahl der geplanten Wohnungen den Vorjahrsstand im Juli und August um rund ein Fünftel. Im Vergleich zur Mitte der neunziger Jahre, als die Wohnungsbauaktivitäten noch sehr lebhaft gewesen waren, ist der Rückgang etwa doppelt so hoch. Für die gesunkene Bereitschaft zum Bau neuer Wohnungen, insbesondere im Mietwohnungsbau, dürfte von Bedeutung gewesen sein, dass die Spielräume für Mietenanhebungen seit einiger Zeit begrenzt sind, weil angesichts einer nur noch wenig steigenden Bevölkerung das Wohnungsangebot trotz der anhaltenden Tendenz zu kleineren Haushalten nach der regen Neubautätigkeit in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in vielen Regionen gegenwärtig ausreicht. Hinzu kommt, dass die Mietengesetzgebung überarbeitet wird, wobei sich einige Schlechterstellungen für Vermieter abzeichnen. Ferner sind zu Jahresbeginn die Einkommensgrenzen für die Förderung des privaten Wohnungsbaus gesenkt worden. Schließlich bieten die Finanzmärkte attraktive Anlagealternativen, was insbesondere den freifinanzierten Mietwohnungsbau trifft.

## Preise

*Anstieg der  
Verbraucher-  
preise gebremst*

Der kräftige Anstieg der Verbraucherpreise während der Sommermonate hat sich im Oktober in saisonbereinigter Betrachtung nicht weiter fortgesetzt. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verringerte sich die Vorjahrsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zuletzt auf 2,4 %, nachdem sie zuvor mit 2,5 % einen Höchststand im gegenwärtigen Konjunkturzyklus erreicht hatte. Maßgeblich für die Preisberuhigung waren deutliche Abschläge bei Mineralölzeugnissen. Obwohl Gas, die Warmwasserumlagen und Strom sich verteuert haben, sind die Energiepreise insgesamt erstmals seit dem Frühjahr wieder etwas zurückgegangen. Dies hat auch auf die gesamten Verbraucherpreise durchgeschlagen, da bei den anderen Waren und Dienstleistungen die Preisbewegungen weiterhin moderat blieben. Bei den gewerblichen Produkten ging der Preisanstieg im Vorjahrsvergleich bis zuletzt nicht über ½ % hinaus. Die Dienstleistungen und die Wohnungsmieten überschritten den Vergleichsstand des Vorjahres weiterhin um rund 1 ½ %; Nahrungsmittel waren um etwa ¾ % teurer als vor Jahresfrist. Fasst man diese Güter zusammen, lag die Vorjahrsrate der Preise auch im Oktober bei 1 %. Ein ähnliches Ergebnis zeigen die von der Bundesbank nach verschiedenen Methoden berechneten Kernraten, welche die aktuelle Preistendenz losgelöst von kurzfristigen Schwankungen zu kennzeichnen versuchen.

*Internationale  
Ölpreise etwas  
gesunken*

Die Verbraucherpreise für Mineralölprodukte haben – wie üblich – sehr rasch auf die Preisberuhigung an den internationalen Ölmärkten

### Preisentwicklung auf verschiedenen Wirtschaftsstufen

1995 = 100, saisonbereinigt



1 HWWA-Index der Rohstoffpreise; DM-Basis; nicht saisonbereinigt. — 2 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Deutsche Bundesbank

### Indikatoren zur Entwicklung der Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahr in %

Position	2000			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Okt.
Gemessene Teuerungsrate Verbraucherpreise	1,7	1,6	2,0	2,4
Statistische Kernraten 1) Verbraucherpreise ohne Saison- Nahrungsmittel und Energie	0,7	0,8	0,9	0,9
Verbraucherpreise mit modifizierten Gewichten 2)	0,8	0,8	0,8	1,0
5 %-getrimmter Mittelwert 3)	0,8	1,0	1,2	1,3
Gewichteter Median 4)	1,0	0,9	1,1	1,0
Mittelwert der Kernraten	0,8	0,8	1,0	1,1

1 Eigene Berechnungen. — 2 Reduzierung der Gewichte  
volatiler Komponenten. — 3 5 %-Ausgrenzung von  
Komponenten mit starken/geringen Preisveränderun-  
gen. — 4 Preisveränderung der Komponente, die 50 %  
der kumulierten Einzelgewichte erreicht.

Deutsche Bundesbank

ten reagiert. Mitte Oktober pendelten die Notierungen für Brent-Öl aus der Nordsee um rund 31 ½ US-\$ je Barrel. Das war zwar immer noch weit mehr als beispielsweise in der zweiten Hälfte der achtziger oder zu Beginn der neunziger Jahre, aber doch merklich weniger als noch Anfang September, als die internationalen Preise zeitweise bis auf 37 ½ US-\$ emporgeschwungen waren. Auch die Spotmarkt-Notierungen für Benzin und Heizöl haben unter starken Schwankungen nachgegeben. Inzwischen sind die Ölpreise aber wieder nach oben in Bewegung gekommen.

Die Einfuhrpreise vom September – weiterreichende Angaben sind nicht verfügbar – zeigen deutliche Spuren der damaligen Ölverteuerung. Saisonbereinigt legten sie nochmals kräftig zu, der Vorjahrsabstand erweiterte sich auf + 13,4 %. Ohne Energie gerechnet, ergab sich ein Preisanstieg im Vorjahrsvergleich von 6,6 %. Hier wirkte die anhaltende Verschlechterung des Außenwerts des Euro preistreibend. Mit 4,5 % binnen Jahresfrist hielt sich die Teuerung bei den Fertigwaren weiterhin vergleichsweise in Grenzen.

*Weiterer  
Anstieg der  
Einfuhrpreise ...*

Auch der Auftrieb der industriellen Erzeugerpreise hat sich nicht zuletzt ölbedingt im September fortgesetzt. Der Preisanstieg im Vorjahrsvergleich erreichte mit 4,3 % den höchsten Stand seit Anfang der achtziger Jahre. Unter Ausschluss der Energieträger beliefen sich die Preiserhöhungen binnen Jahresfrist auf knapp 2 ½ %.

*... wie auch der  
industriellen  
Erzeugerpreise*

Die Baupreise blieben auch im dritten Quartal weitgehend konstant. Abgesehen vom Straßenbau, bei dem wegen der vergleichsweise großen Ölabhängigkeit die Leistungspreise deutlicher angehoben wurden, waren in den übrigen Sparten kaum Preisbewegungen zu verzeichnen. Insgesamt gingen die Preiserhöhungen im Vorjahrsvergleich in den Sommermonaten im Baubereich nicht über ¾ % hinaus.

*Baupreise  
weitgehend  
stabil*